



Der Verkehr auf der Karlstraße dürfte in Zukunft zunehmen.

Foto: Oliver Heider

Grüne attackieren Verwaltung

Politik Ein Bauvorhaben nördlich der Karlstraße treibt viele Langenauer um. Der Gemeinderat diskutiert hitzig darüber, selbst wenn das Thema nicht auf der Agenda steht. *Von Oliver Heider*

Die Sitzung des Langenauer Gemeinderats war fast zu Ende. Nur der Punkt „Verschiedenes“ stand noch an. Doch der hatte es in sich: Eine Diskussion, die viele Menschen an der Karlstraße und deren Umgebung in Atem hält, flammte auf.

Roland Riedlinger (GUL) gab den Anstoß. Aus seiner Sicht sollte sich nicht, wie beschlossenen, der Ausschuss für Technik und Umwelt (ATU) mit den Forderungen an den Investor beschäftigen, sondern der Gemeinderat, weil es für das „große Projekt“, den „Bebauungsplan nördlich der Karlstraße“, noch keinen Aufstellungsbeschluss gebe. Für die Anwohner seien Sitzungen freitags auch besser besuchbar als ATU-Sitzungen montags oder dienstags.

„Ich sehe kein unnormatives Abweichen“, sagte Bürgermeister Daniel Salemi. Es sei üblich, dass der ATU vorberät, der Gemeinderat letztlich entscheide.

Eine Position, die weitere Anhänger hat: „Die Vorschläge der Fraktionen werden zusammen-

gefasst und im ATU vorbereitet“, sagte Helga Mack (CDU). „Wir sollten nicht 100 Mal diskutieren, wenn wir uns einig sind.“ Rainer Hinkelmann (SPD) äußerte sich ähnlich.

Wer dann dachte, das Thema sei erledigt, sah sich getäuscht: Die GUL wurde grundsätzlich verbale Angriffe auf die Verwaltung inklusive. „Die Anlieger werden inzwischen selbst tätig

„ Das ist ein Armutszeugnis für die Verwaltung.

Heinrich Buck
GUL-Ratsmitglied

in der Planung. Das ist ein Armutszeugnis für die Verwaltung“, kritisierte Heinrich Buck. Er befürchtet, dass in der ATU-Sitzung „fünf oder sechs verschiedene Vorschläge“ auf dem Tisch liegen. „Ich kann mir da keinen Kompromiss vorstellen.“ Und: „Es ist doch nicht unsere Aufgabe, für den Investor eine Planung zu machen.“ Das

Bauamt müsse arbeiten und „nicht bloß abnicken“.

Ein Vorwurf, den der Rathauschef konterte. Er spielt den Ball zurück zur GUL, die in einer früheren Phase mit dem Rest des Rates dem Investor bescheinigt hatte, seine Hausaufgaben gemacht zu haben. Die Verwaltung müsse nun „externes Know-how“ einholen, werde zeitnah einen eigenen Bebauungsplan-Entwurf präsentieren.

Dieses Stichwort rief Renate Maier-Tayblum (GUL) auf den Plan: „Ein Beschlussvorschlag eines Investors ist mir noch nie untergekommen.“ Ein solcher müsse von der Verwaltung ausgehen. Maier-Tayblum sah „so eine Art Wunschkonzert“. Das sei nicht erfolgversprechend.

Die Verwaltung vollziehe Beschlüsse des Gremiums, beschied Salemi. Für den Bürgermeister zeigt die Gelegenheit deutlich, dass in der Verwaltung städteplanerisches Know-how fehlt. „Der Verwaltungsverband Langenau soll daher für das Jahr 2020 die Stelle eines Städteplaners vorsehen.“

Unmut äußerte auch Georg Henseler (CDU). Im Juli habe alles zügig gehen sollen, jetzt rede man von Dezember. „Es wird Mitte Februar, bis wir einen Beschluss hinkriegen.“ Ein großer Wurf werde dieser wohl trotzdem nicht. „Eine schlechte Außenwirkung.“

Die Verwaltung, beschied Salemi, hätte es gern schneller über die Bühne gebracht. „Jetzt machen wir eben eine Rolle rückwärts.“ Vor Dezember sei mit dem Verwaltungsvorschlag nicht zu rechnen, weil auch das VVL-Bauamt eng besetzt sei.

6

Jahre lang soll nördlich der Karlstraße gebaut werden. Geplant sind dort 114 Wohnungen in sechs Gebäuden. Eine Bürger-Initiative hat 180 Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt.